

# Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierjährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraphen-Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechseckige Postzelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, gehetet früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109.

Mittwoch, den 10. Mai 1916.

23. Jahrg.

## Eine Stimme des Verzichts.

Die Erfolge der russischen Waffen bei Erzerum und Trabzon und die Misserfolge bei den vergeblichen Angriffen in Wolhynien und beim Narocksee scheinen in Russland da und dort in einflussreichen Kreisen den Gedanken wachgerufen zu haben, ob es nicht besser wäre, das Unmögliche und als unmöglich so gründlich Erwiesene nicht weiter zu versuchen und Erfolge dort anzustreben, wo sie sich möglicherweise leichter gewinnen lassen. Erfolge als Schadenerfolg. Ein Zeugnis dieser Stimmungen und Gedanken ist ein bemerkenswerter Artikel des angehörenden konservativen Publizisten Russlands, Menschikow, der nach der Art, die den Russen eigen ist, die taktisch-strategische Frontveränderung, die er vorschlägt, sofort in die tiefstünftigsten historisch-philosophischen Zusammenhänge stellt. Menschikow findet, Russland habe mit allen seinen Eroberungsversuchen im Westen seit der großen Katharina falsche Wege eingeschlagen; überall bewege sich der gefährliche Lauf der Kräfte in der Richtung des geringsten Widerstandes, darum breite sich die Macht des deutschen Volkes dank seiner Ueberlegenheit in Europa aus, die des Britischen in Indien, des französischen in Afrika. Die Richtung, die für die Ausbreitung des russischen Volkes gegeben sei, biete Asien. In Asien habe Russland unter dem geringsten Widerstand weitteile große Gebiete unterworfen und auch die siegreiche Gegenwehr Japans habe schnell eine unübersteigbare geographische Grenze gefunden.

Und nun setzt er mit den bemerkenswerten Ausführungen fort: „An der europäischen Grenze haben wir trok eines Bündnisses mit drei Großmächten, die im Rücken der österreichisch-deutschen Linien wirken, nach Osten zurückgehen müssen. Im einundzwanzigsten Kriegsmonat haben wir entlang einer ungeheuren Front eine lebendige schwer zu bewältigende Mauer von Feinden, die uns an Zahl wenig nachgibt, uns aber übertrifft in der militärischen Technik mit gigantischen Geschützen, der Zahl der Maschinengewehre, der Menge an Stacheldraht, Stachos, Zepelinien, Panzerautomobilen und überhaupt an allem, was unter dem Begriff Maschinen des Krieges zusammenfassen ist. Von den drei Elementen, die für den Krieg notwendig sind, Mut, starke Hand und schneidendes Schwert, fehlt an der Westfront immer bis zu einem Grade das Schwert, und wenn auch im letzten halben Jahre die allseitigen Bemühungen um Beschaffung von Geschützen und Geschossen bewirkt haben, daß wir in den kommenden Sommer unter erheblich besseren Bedingungen eintreten, als sie im vorigen Herbst vorhanden waren, so können wir doch eine Gleichheit der kulturmilitärischen Potentiale (Kräfte) kaum mit unseren eigenen Kräften allein erreichen. Ohne tätige Hilfe unserer großen Verbündeten, das ist ohne ernsthafte Schwächung der österreichisch-deutschen Streitkräfte im Rücken, dürfen wir nicht an eine längere und erfolgreiche Offensive nach Westen denken. Den Ansturm unseres Feindes abschlagen, ihn zur Räumung des russischen Landes zwingen, das ist das Kriegsziel, vor dessen Erreichung von unserer Seite Friedensverhandlungen unmöglich sind. Dieses Ziel des Krieges wurde gleich zu seinem Beginn durch die Worte des Zaren ausgestellt. Außer dem Schutz der nationalen Unabhängigkeit Serbiens hatte unsere Politik keine irgendwie als aggressiv anzusprechenden Ziele im Westen. Die Vereinigung Polens und die Rückeroberung des „Roten Russland“ wurden in den Vordergrund gestellt nicht durch die Politik, sondern durch den Gang der Kriegereignisse Ende 1914 und zu Beginn des Jahres 1915. Außer diesen nunmehr wieder in den Hintergrund getretenen Aufgaben hatte Russland keine irgendwie deutlich umrissenen Ziele. In Europa waren wir von jeher gezwungen, eine defensive Politik und einen Defensivkrieg zu führen, und wir begingen einen Fehler, als wir von dieser Defensiv abgingen.“

Es wird nicht nötig sein, in ausführlicher Weise die geschichtlichen Entwicklungen und Verhügelungen, die sich Menschikow hier zuschulden kommen läßt, klarzulegen. Es genügt ein Hinweis darauf, daß sogar so demokratische Herrschäften wie der Führer der Kadetten Menschikow zu Kriegsbeginn und noch vor einem Jahre Deutschland und Österreich-Ungarn mit ebenso bestissenem Eifer aufseiten wie nur irgend ein Reclus und Denis. Die Ziele Russlands waren also wahrlich aggressiv genug, und niemand vertrat die angreifende und ausgreifende russische Politik heftiger und schwier als das Organ des Panlawismus, dieselbe „Romoje Wremja“, auf deren Papier steht der Hauptredakteur dieses Blattes und ihr angesehender Schriftsteller eine Politik und Strategie der Entzagung nach dem Westen hin verkündet. Es bracht uns dabei nicht zu irren, daß er noch immer von der Zurückdrängung der deutschen und der österreichisch-ungarischen Streitkräfte vom russischen Boden als vor einer unerlässlichen Friedensbedingung spricht. Auch in Russland gibt es eine Kriegsensors, der sich die Schriftsteller zu führen haben. Was Menschikow wirklich meint, deutet er genugsam entschieden an, wenn er im weiteren Verlauf jener Darlegungen den Plan der Katharina, das ethnographische Polen anzugeleidern, als fehlerhaft bezeichnet und hinzufügt: „Sagt hoffen wir, daß die Befestigungslinien, die uns von den Deutschen und Österreichern trennen, genugend sind, um der vor zwei Jahren nord, vor Mitte der Gabrie-

ihren weiteren Ansturm aufzuhalten.“ Das klingt doch eigentlich nicht nach Wiedereroberung. Des weiteren will nun freilich Menschikow den Eroberungskrieg nach Asien verlegen: „Unseren tapferen Truppen, die jetzt die Hauptstadt des alten Reiches von Trabzon genommen haben, fällt die Aufgabe zu, das zu schaffen, was nach dem natürlichen Gang der Dinge vor hundert und hundertfünfzig Jahren hätte gemacht werden müssen. Aber es darf unseren sejigen Eroberungen, die so viel Opfermut, Arbeit und Verluste gekostet haben, nicht so gehen wie unjeren früheren, da wir zum Beispiel Anapa, die erste Zeitung am Schwarzen Meere, zweimal genommen und zweimal wieder aufgegeben haben. Um den tausendjährigen Vermüllern unseres Kampfes in Asien zu verstehen und ihm nicht untreu zu werden, muß Russland seinen Helden nicht bloß Beifall spenden und Orden, sondern die Hauptsaage: Verstärkungen.“ Text und Melodie dieses Liedes sind nicht neu. Jedesmal, wenn die europäische Politik Russlands an eine unüberwindliche Mauer von Hindernissen stößt, treten Propheten auf, die den Panlawismus verkün-

den als zeitweilige Abwechslung von Panlawismus — gewissermaßen das zweite Eisen der imperialistischen Eroberungspolitik Russlands. Doch eine solche Abtreib und Umkehr in einem Kriege ist seltsam genug und die Türken, die eben erst den Engländern den Weg gewiesen haben und ihnen aus einem Traume verhälten, der die Eroberung aller Randländer des Indischen Ozeans dem britischen Imperialismus vorgaukelte, werden nicht versäumen, auch den Russen zu zeigen, daß der Widerstand auf der vorgebliebenen „Linie des geringsten Widerstandes“ stark genug ist, um alle Eroberungsgedanken verfliegen zu lassen. Und es weiter nicht verwunderlich, daß die Russen nach so vielen Niederlagen ihre vorherasiatischen Siege übertrieben. Bemerkenswert dagegen bleibt, wie offen ein Menschikow hier von dem Verzicht auf die Offensive gegen den Westen spricht und daß er so sprechen darf. Man soll einzelne Anzeichen nicht zu hoch nehmen. Immerhin bleiben die Ausführungen Menschikows ein bedeutungsvolles Merkmal der in einflussreichen politischen Kreisen Russlands waltdenden Stimmungen und Gedankenwandlungen.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Verzweifelte Versuche wurden von den Franzosen unternommen, um die ihnen auf Höhe 304 genommenen Stellungen wieder zu befreien. Sie schickten unter schweren Verlusten für den Gegner. Dagegen gelang es den deutschen Truppen, ihre Position auf Höhe 304 durch die Eroberung mehrerer französischer Gräben westlich der Höhe zu verbessern.

Nördlich Spende kam es am Montag zu einem kurzen Gefecht zwischen zwei deutschen Torpedobooten und fünf englischen Torpedobootszerstörern, von letzteren wurde einer schwer beschädigt.

Die Russen kündigen eine neue große Offensive an; der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch soll hierbei zeigen, was er kann. Derartige Ankündigungen kann man ziemlich ruhig gegenüberstehen. Große Aktionen kündigt man nicht mit großem Tamtam an, sondern führt sie ohne vorherige Ankündigung und unter möglichster Geheimhaltung der Pläne durch.

Nach einer Havasmeldung haben die Italiener den dreißig Kilometer nördlich von Solum belegenen Küstenort Bardia besetzt. Zur Erklärung dieser Meldung sei darum hingewiesen, daß Solum 1911 von türkisch in englischen Besitz überging, dann den Ägyptern zufiel und durch die Annexion Ägyptens im Jahre 1914 wieder an die Engländer kam. Von Dezember 1915 bis März 1916 hielten die Italiener die Küstenstadt besetzt, mußten aber bekanntlich schließlich englischer Uebermacht weichen. Solum ist schon seit langem das lehnjüchtige Ziel Italiens, das von ganz Libyen nur noch einige Küstenorte sein eigen nennt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Italiener durch die Besetzung Bardias ihren Ziel näher zu kommen, wenn es auch sehr unwahrscheinlich sein mag, daß Italien England jetzt derartig provoziert. Hinter den Kulissen spielt sich hier anscheinend etwas ab, was mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt werden muß.

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in England hat die unabhängige Arbeiterpartei auf den Plan gerufen und sie zur Vernunft gebracht. In mehreren Versammlungen wurden Anträge angenommen, in denen man die Regierung auffordert, ein festes und schiedenes Kriegsziel anzugeben, als leere Redensarten über die Vernichtung des preußischen Militarismus, der, wie ein Redner sagte, bewiesen habe, daß er nicht zu vernichten sei. Jeden Tag, den der Krieg länger dauere, verlieren immer die Lage der Arbeiter, die, wie er auch immer ausgehen möge, nie Vorteile davon haben würden. Nur die Überzeugung, daß später die allgemeine Abtötung eintreten werde, habe die Arbeiter veranlaßt, einen Nutzen in dem Krieg zu sehen; aber diese Hoffnung sei auch für England nach dem Übergang zur Militärordnungspflicht ausgeschlossen. Gegen die Dienstplicht selbst beharrt eine Anzahl Arbeiter in entschiedener Opposition, weil sie fürchten, daß der Dienstzwang auch für die Industrie kommt. Das diese Furcht nicht unbegründet ist, beweisen Zeichnungen an die Blätter, in denen gesagt wird, weshalb man die Munitionsarbeiter in England mit so viel Pfund wöchentlich bezahlt, wie die Soldaten an der Front Schillinge bekommen.

Reuter übermittelte aus Washington einen Auszug der Antwortnote Amerikas an Deutschland. Da man nicht nachkontrollieren kann, inwieweit Reuter richtig berichtet, ist es am ratsamsten, erst den Eingang des genauen Wortlauts der amerikanischen Note abzumachen.

Am 21. April veröffentlichte „Clarion“ einen Aufsatz von E. Nesbit, der an Deutschenhak seinesgleichen sucht. Nesbit ist ein Freudentum für Frau Haberl Blaud, sie ist eine sozialistische Dichterin und Schriftstellerin. Ihr Name

Gesellschaft. Ihr Schwiegerohn ist leitender Redakteur des New Statesman. Ihr Aufsatz trägt die Überschrift: Die Ohnmacht des englischen Volkes. Sie klagt über die Thatsache der englischen Regierung und über die hoffnungslose Willensschwäche des englischen Volkes. Und worin besteht die Ohnmacht der Regierung und die Ohnmacht des Volkes? Die Ohnmacht besteht — nach ihrer Ansicht — darin, daß die Regierung Frieden mit Deutschland machen könnte, ohne dem Volke vorher die Bedingungen mitgeteilt zu haben. Sie schreibt dann weiter: „Können wir sogar jetzt bei der Regierung durchsetzen, daß sie die Ausländer interniert? Können wir unsere Blockade unbedingt machen? Können wir den Willen Englands durchsetzen, daß man die deutschen Gefangenen als Gefangene und nicht als Gäste behandelt, daß man die deutschen Offiziere zur Harten Arbeit zwingt, daß man ihnen dieselbe Nahrung gibt, wie Engländern in unseren Gefangenissen? Engländer, die ein Armband geklönt oder einen Scheit gefälscht haben, werden härter behandelt als die Deutschen, die Frauen foltern und Kinder töten. Aber wir sind ohnmächtig, etwas dagegen zu tun! Und diese Ohnmacht ist um so schrecklicher, als die Überzeugung wächst, daß unter den Leuten, die uns herrschen, ein Gefühl der Zärtlichkeit für Deutschland und für deutsche Dinge vorhanden ist. Diese Überzeugung ist aus tausend zarten und dünnen Fäden von Beweisen gesponnen, die einzeln genommen, kaum greifbar sind, aber das Gewebe ist da und wir empfinden es. Wir können der Überzeugung nicht widerstehen, daß diejenigen, die über uns herrschen, Deutschland nicht so hassen, wie wir Engländer es hassen.“

Wenn der Krieg vorüber ist, wird man von uns verlangen, die Vergangenheit zu vergessen . . . und wieder in geschäftliche Beziehungen zu treten, deutsche Warenartikel zu gebrauchen, den Deutschen den Aufenthalt in England zu gestatten, um bei uns zu handeln, zu spekulieren, zu lügen und zu spionieren. Und wir Engländer werden nicht imstande sein, etwas dagegen zu unternehmen. Doch — hört man zur Antwort — es gibt doch etwas, was wir tun können. Wir können zwar die Fahne der Rebellion, um die sich Tausende zu scharen pflegen, jetzt nicht mehr erheben; wir können uns nicht in Massen vereinigen gegen unsere Herrscher. Aber wenn man von uns verlangt, jenen in die Augen zu sehen, die auf Folterungen geblendet haben — mit Vergnügen darauf geblendet haben — oder die Hände zu berühren, die von unzähligem Blut triefen, so können wir doch in unsere Herzenstömmern, wo die Alte der Seele sich befinden, ein Gefühl ablegen: Wenn der Krieg vorüber ist und die Deutschen, die noch unsere Lust verpesten, nicht nach ihrem niederrächtigen Land, das sie groß zog, abgehoben werden, oder wenn andere Deutsche es wagen sollen, ihren Fuß auf das Land zu setzen, für das unsere Väter und unsere Söhne gekämpft und geblutet haben, so werden wir das Gefühl halten, das wir jetzt ablegen: Wir können jeder von uns mit eigenen Händen einen Deutschen töten für unsere eigene Ehre und für die Ehre Englands.“

Derartige Hetzerien werden leider in dem sozialistischen Kreise um Blatchford mit Hochdruck betrieben. Erfreulicherweise ist der Einfluss dieser sozialistischen Gruppe unbedeutend.

## Gegen Frankreich und Belgien.

Frankfurter Generalstabbericht vom Montag nachmittag: Auf dem linken Maas-Ufer dauernd die Kämpfe im Laufe der Nacht erhielten an. In der Gegend der Höhe 304 brachen sich die mügenden Versuchs-

is Feindes vor unserem Widerstand und brachten den Deutschen nur außerordentlich hohe Verluste ein. Ein lebhafte Gegenangriff unserer Truppen vertrieb den Feind aus den Verbindungstränen östlich der Höhe 304, wo sie sich gestern festgesetzt hatten. Wir machten etwa 50 Gefangene. Auf dem rechten Maas-Ufer, in der Gegend südlich des Waldes von Haubumont, waren wir im Laufe einer Reihe von Schlachten die Deutschen aus dem größten Teil der ersten Linie, in die sie gestern eingedrungen waren, wieder heraus. Etwa 30 Gefangene, darunter zwei Offiziere, blieben in unseren Händen. Es bestätigt sich, daß gestern auf einer Front von über zwei Kilometern zwischen dem Wald von Haubumont und dem Fort Douaumont eine Angriffsunternehmung dem Feinde bedeutende Opfer kostete. An der übrigen Front verließ die Nacht ruhig, außer in der Gegend des Waldes von Lumières und von Tury (westlich von Pont-à-Mousson), wo sich die Artillerie sehr tätig zeigte. Flugwesen: Zwei deutsche Flugzeuge wurden im Luftkampf in der Gegend von Verdun zum Absturz gebracht. Eins von ihnen fiel in der Gegend von Orches nieder, das andere, das ernstlich beschädigt war, wurde gezwungen, südlich von Azannes zu landen. Montag abend: Auf dem linken Maas-Ufer dauerte die Beschießung mit derselben Heftigkeit auf den Wald von Lumières sowie auf der ganzen Höhe 304 an. Ein nachmittags auf unsere Stellungen auf der Höhe 287 (westlich der Höhe 304) eingeleiteter deutscher Angriff wurde durch unser Sperr- und Maschinengewehrfeuer angehalten. Auf dem rechten Ufer und in der Meuse-Ebene ziemlich lebhafte Geschäftskampf. Unsere Batterien beschossen wirksam die feindlichen Lager nordwestlich von Euvesin (südlich von Chauvencourt). Auf der übrigen Front verließ der Tag verhältnismäßig ruhig.

## Gegen Russland.

Von der russischen Freiheit.

Schwedische Meldungen zufolge verurteilte das Petersburger Kriegsgericht 12 Rigaer Sozialdemokraten wegen Zugehörigkeit zu sozialistischen Organisationen zu vier Jahren Zuchthaus. Im Anschluß an diesen Prozeß wurde mitgeteilt, daß die Regierung umfangreiche neue Maßnahmen gegen sozialistische Politiker plant.

## Gegen England.

Das Blutgericht in Irland.

Amtlich wird aus London berichtet: Vier weitere Aufrührer wurden in Dublin erstaunlich. Einer wurde zu acht, drei zu fünf, sechzehn zu drei und zwei zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Zwei sind freigeprangen worden.

Noch englischen Blättermeldungen gehörte einer von den letzten vier Aufrührern, die ergriffen wurden, Edmund Kent, zu den Unterzeichnern der Sinn-Fein-Proklamation, so daß jetzt fünf von den Unterzeichnern hingerichtet sind. Im ganzen wurden bis jetzt 12 Personen hingerichtet, 67 zu Zuchthausstrafe und zwei zu Zwangsarbeit verurteilt. Zwei wurden freigeprangen. Die Zahl der Hinrichtungen der außländischen Soldaten erhöht sich von Tag zu Tag. Schon wurde die Regierung von allen Seiten gewarnt, daß diese Männer nicht als läudige Rebellen, sondern als Märtyrer gelten, die für die Errichtung einer selbständigen irändischen Republik ihr Leben hingegeben.

Im Unterhause fragte Edmund und den Premierminister, ob er nicht wüßte, daß die jüngstesten militärischen Hinrichtungen in Irland eine recht zunehmende Erötterung und Hut in dem Geiste der Bevölkerung hervorruft, der nicht die geringste Sympathie mit dem Aufstand habe, und ob Asquith nach dem Vorfall von Cobh in Südbayern unvermeidlich den Hinrichtungen ein Ende machen wolle. (Hörnerklang! Rufe!) Asquith antwortete: Edmund bringt nun Anfang an bei der Regierung darauf: seine Vorstellungen um milde Behandlung für die Rechte der Teilnehmer am Aufstand waren nicht unrichtig. Sir John Maxwell war kein in direkter persönlicher Führung mit dem Kabinett; dieses hat alles getan, um seine Bedenken zu berücksichtigen. Die allgemeinen Instruktionen an Maxwell, die ihn mit seinem eigenen Urteil deckten, gingen dahin, die Todesstrafe in Irland wie möglich zu verhängen, und nur über verantwortliche Personen, die die größte Schuld an dem Vorfall tragen. In Beantwortung der Anfragen unserer Nationalisten und Radikalen, die sich gegen die Art, wie gegen die Teilnehmer vorgegangen wurde, wandten, fügte Asquith hinzu: daß die Hinrichtungen von den Militärbefehlshabern angeordnet wurden. Er meinte ferner zu betonen, daß keine mehr verurteilt würden, als das Unrecht Ersatz habe, bis Safer zu befreien. Diese, Marine und Polizei in Irland töteten 124 Männer am Tagen, 388 Männer am Samstag und 300 Männer am Sonntag an Vergeltung gerichtet.

## Der Balkanfriede.

Der Friedensvertrag auf Schweiz.

Einige Meldungen zufolge soll der verdeckte gesetzliche Zweck des Friedensvertrages auf Schweiz abgestellt werden. Die gesetzliche Befreiung der Balkanstaaten vom Balkan-Krieg ist der einzige Zweck, der die Balkanstaaten unter sich vereinbart haben. Sie haben die Befreiung des Balkanreichs, die vielen Engländer sehr lieben.

Der Balkan-Krieg in Balkan fortgesetzt.

Heute morgen aus London: Das Balkan-Kriegsministerium schickte eine Befreiung des Balkan-Kriegs fortgesetzt. Eine Befreiung, die seit dem Balkan-Krieg in Balkan und im Balkan fortsetzt. Der Balkan-Krieg ist nicht beendet worden. Die Befreiung des Balkan-Kriegs ist nicht beendet, als man jetzt sagt, und als die Balkaner nicht lügen. Die Balkaner haben die Befreiung des Balkan-Kriegs, die vielen Engländer sehr lieben.

Beispiel zum Abkommen von Schweiz erzielt.

Eine weitere Meldung des "Daily Mirror" wurde gestern in die Befreiung des Balkan-Kriegs erzielt, ein Beispiel zur anderen Befreiung. Beispiele erzielt, der Tag ist ebenfalls nicht erzielt zu haben. — Beispiele zu den Beispielen zur anderen Befreiung.

Die Ereignisse in Griechenland.

Die "Deutsche Presse" meldet aus Athen, daß die griechische Regierung und der griechische Kaiser besiegeln werden, daß jeder von dem Kaiser und dem Kaiser nicht mehr zusammenkommt. Die Regierung ist nicht erzielt zu haben. — Beispiele zu den Beispielen zur anderen Befreiung.

Grundstücke in Griechenland.

In der vergangenen Woche erzielte ein neuer Zusammenschluß zwischen den griechischen Truppen in Griechenland

eine griechische Patrouille feuerte auf eine italienische. Sie zog sich ohne Verluste zurück. Der italienische Gesandte Bosdari wurde darauf bei dem Ministerpräsidenten Stalidis vorstellig und vom König empfangen. Bosdari soll auf die freundliche, aber entschiedene Absichten der italienischen Behörden in Valona hingewiesen und die Ausführlichkeit des Königs auf die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und irgend einer anderen kriegerischen Regierung gezeigt haben. Anscheinend ist die griechische Regierung gezeigt, eine gemeinsame Kommission aus italienischen und griechischen Offiziellen einzusetzen, um eine neue neutrale Zone zu bestimmen.

für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht hält, daß Deutschland nicht beabsichtigt, annehmen zu lassen, daß die Aufrechterhaltung der neuangliederten Politik in irgend einer Weise von dem Verlauf oder dem Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und irgend einer anderen kriegerischen Regierung abhängig ist, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai so ausgelegt werden könnten. Um jedoch ein Mißverständnis zu vermeiden, tut die Regierung der Vereinigten Staaten zu wissen, daß sie sich keinen Augenblick auf die Idee einlassen, geschweige sie erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebehörden irgendwie oder im geringsten Maße von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werden sollte, denn die Verantwortung mit Bezug auf die Rechte der Neutralen und der Kämpfer ist etwas Individuelles und nicht Gemeinschaftliches und etwas Absolutes und nicht Relatives.

## Vergebliche Friedensföhler.

Der "Berliner Lokal-Anzeiger" gibt die Meldung wieder, die die "Continental Times" über den Bericht des Obersten House von seiner Europa-Reise veröffentlicht hat: Er hatte, so lautet seine Mission, festzustellen, ob ein Vorschlag zur Friedensermittlung durch den Präsidenten Wilson irgendwelche Aussicht auf Erfolg haben würde, und zweitens über die Gefühle der Kriegsführenden in bezug auf die Haltung Nordamerikas in diesem Krieg vollständige Klarheit zu schaffen. Was den ersten Punkt betrifft, so berichtete House, daß England jede wie immer gearteten Friedensvorschläge ablehnen werde und auch bei Frankreich derartige Versuche als verzweigt betrachtet werden müßten, da Frankreich zunächst das Ergebnis des Sommerfeldzuges abzuwarten wünsche, in dessen Verlauf es hoffe, den Feind aus seinem Gebiet vertreiben zu können. Hinsichtlich des zweiten Punktes berichtete der Oberste, daß die Zentralmächte der Ansicht sind, daß die amerikanische Regierung ihnen nicht offenherzig entgegengetreten sei. Wenn die ganze Wahrheit hinsichtlich der Zentralmächte von Anfang an in Amerika richtig bekannt gewesen wäre, so ständen heute die Sympathien der westlichen Hemisphäre auf der Seite Deutschlands und seiner Verbündeten. Über die Vernichtung des deutschen Reichs und die Zensur, die die deutschen drachlichen Depechen seitens Englands unterworfen sind, hätten dies verhindert. Was den Bierverband betrifft, so herrsche in Frankreich und auch in England Bitterkeit gegen Amerika, das den Weltkrieg auszuüben, um sich zu bereichern, Russland und Italien teilen diese Gefühle. Die Ansichten Englands sind noch schroffer; es sei ihm mitgeteilt worden, daß ein Vorschlag Amerikas, alle Handelschiffe zu entwaffnen, in England als direkte Unstimmigkeit angesehen werden würde.

## England gegen Japan.

Wie die "Frankfurter Zeitung" japanischen Kaufleuten entnimmt, hat England neuerdings einen schimpflichen Rückzug in Ostasien antreten müssen. Die Bestätigung der japanischen Kaufahrtreisefahrzeuge durch die englische Kriegsflotte hat zu einem scharfen Protest der Tokioter Regierung in London geführt. England hat sich verpflichtet müssen, die Befestigung von japanischen Kaufahrtreisefahrzeugen in Ostasien aufzugeben, die japanische Flotte wird voraussichtlich den dortigen Patronatendienst übernehmen.

## Die Zustände in China.

Der "Morning Post" wird aus Tientsin berichtet, daß die Lage in Shanghai ernst werde. Die Rebellen besetzten Tschoutchun, Fennern wird gemeldet, daß sich in Tsinanfu viele Bombenexplosionen ereigneten. In einem andern Bericht wird behauptet, daß ein japanischer Zug bei Weihai beschossen sei.

## Deutscher Reichstag.

Eigener Bericht des "Lübecker Volksboten".

Dienstag, den 9. Mai 1916.

### 44. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Lisco. Ein schleuniger Antrag Ulbrecht (Soz.), den Reichsanzler zu erzählen, das gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingelieferte Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode auszuzeigen und die über ihn verhängte Haft aufzuhoben, sowie ein ähnlich lautender Antrag Bernstein (Soz. Arb.) werden der Geschäftsordnungskommission zur schriftlichen Berichtserstattung überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet.

Ministerialdirektor von Jonquieres: Die endgültige Regelung der Entschädigungsfragen kann erst nach dem Kriege erfolgen. Andererseits sind schon jetzt Wirtschaftsschädigungen notwendig, um das wirtschaftliche Leben wieder in geordnete Bahnen zu lenken. In verschiedenen Fällen haben Landesregierungen im Bereich der Feststellung solcher Schäden und zu vorläufigen Entschädigungen genötigt gesehen. Die Landesregierungen haben aber eine Gemüthe haben, daß die von ihnen gewählten Entschädigungen später durch das Reich als zutreffend anerkannt werden. Deshalb ist schon jetzt über die Feststellung der Schäden eine gewisse reichsgeleiche Regelung notwendig. Diese sieht die Vorlage vor.

Abg. von Reichenberg (Btr.) begrüßt den Entwurf und wünscht, daß auch die Deutschen entschädigt werden mögen, die in den Kolonien und auf Schiffen ihr Eigentum verloren haben.

Abg. Emmel (Soz.): Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Regierung die Erkenntnis von der Notwendigkeit, diese Materie zu regeln, etwas früher gekommen wäre. Dann würden wir jetzt schon eine ganze Reihe von Feststellungen auf diesem Gebiete haben machen können. Wir müssen verlangen, daß ein organisiertes Ganzes auf diesem Gebiete möglichst schnell geschaffen werde. Die Regierung hat schon früher Entwürfe in dieser Richtung gestellt, aber bis jetzt nur diesen einen Entwurf eingestellt, der leider nur sich auf die Feststellung der entstandenen Schäden bezieht. Aber auch diese Feststellung ist wichtig, damit später der entstandene Schaden unbekannt anerkannt wird. Die ganzen Fragen, die den Ersatz des Schadens, der an Leib und Leben entstanden ist, betreffen, sind vorläufig ausgeschlossen. Auch hier muß die Feststellung möglichst bald erfolgen. Es liegen jetzt schon viele solche Fälle vor. Zum Beispiel petitioniert der Mann einer Frau, die bei der Flucht vor den Russen — sie war kurz vorher im Wochenbett geworden — ein Herzleiden bekommen hat, daß dieser Schaden als schadenserfolgtig anerkannt wird. Auch die Fliegerabwürfe, die die Regeln des Kriegsrechts annehmen und moment die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Minuten beobachtet hat, bei dem die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 den letzten Unterkriegsbrief ausgestellt hat, der Friedenszeitung jetzt aufzuhören ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren gesetzlichen Verordnungen die Friedenszeitung, die aus ihrer Sicht erweitert sind und nach den gesetzlichen Verordnungen der beiden Länder so erweitert sind, zu einem Friedenszeitung zu bringen, bestimmt, daß die Friedenszeitung leben und promulgieren lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten verzögert sich daran, daß eine Eröffnung Friedenszeitung ausgeschobt werden will. Die Friedenszeitung der Vereinigten Staaten ist gegenwärtig ein neuer Zusammenschluß der Friedenszeitungen der Vereinigten Staaten und Deutschland zu bestimmen.

Die Friedenszeitung der Vereinigten Staaten ist gegenwärtig ein neuer Zusammenschluß der Friedenszeitungen der Vereinigten Staaten und Deutschland zu bestimmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat es für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht hält, daß Deutschland nicht beabsichtigt, annehmen zu lassen, daß die Aufrechterhaltung der neuangliederten Politik in irgend einer Weise von dem Verlauf oder dem Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und irgend einer anderen kriegerischen Regierung abhängig ist, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai so ausgelegt werden könnten. Um jedoch ein Mißverständnis zu vermeiden, tut die Regierung der Vereinigten Staaten zu wissen, daß sie sich keinen Augenblick auf die Idee einlassen, geschweige sie erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See durch die deutschen Marinebehörden irgendwie oder im geringsten Maße von dem Verhalten einer anderen Regierung abhängig gemacht werden sollte, denn die Verantwortung mit Bezug auf die Rechte der Neutralen und der Kämpfer ist etwas Individuelles und nicht Gemeinschaftliches und etwas Absolutes und nicht Relatives.

Geschädigten, die in andere Bundesstaaten übersiedelt wurden und dort Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, muss der Erfolg ihres Schadens gesichert werden. Notwendig ist eine schriftliche Regelung der Entschädigung. In erster Linie müssen die Deutschen im Land entschädigt werden, vor allem die kleinen Leute, die Deutschen in den Kolonien und die deutsche Schiffahrt können erst in zweiter Linie kommen. Zurückgewiesen muss auch die Forderung werden, die von einer Seite in der Kommission erhoben wurde, dass einzelne Gruppen von Schäden vorweg genommen werden, nämlich die Schäden an Grundstücken und Gebäuden. Ebenso muss verlangt werden, dass die kleinen Leute einen vollen Ertrag für die erlittenen Schäden erhalten, bei den reichen Leuten und den großen kapitalistischen Gesellschaften allerdings wird man auch die Finanzlage des Reiches in Betracht ziehen müssen. Der Gelehrte bringt nur die platonische Feststellung der Schäden ohne das Reich bestimmte Verpflichtungen übernimmt. Preußen mit seinen reichen Mitteln ist trotzdem an den Wiederaufbau Ostpreußens gegangen, aber Elsaß-Lothringen hat solche Mittel nicht zur Verfügung, und hier ist ein schneller Wiederaufbau und eine Wiederbelebung des Wirtschaftslebens um so notwendiger, als ja die Franzosen, die mehr ihnen die Hoffnung schwanden, das Reichsland von Deutschland auszuräumen, um so rücksichtsloser Dörfer und Güter zusammenzuschließen und vernichten. Mindestens 50 Prozent des Risikos muss das Reich fest übernehmen, wenn der Wechsel auf die Zukunft bleiben soll, von dem niemand weiß, ob auch nur ein Pfennig honoriert werden soll.

Über Einzelheiten im Entwurf, eine bessere und schärferere Fassung des Begriffes „Kriegerische Unternehmung“, ferner über eine Befestigung der Parlamente an den Ausführungen für die Feststellung der Schäden, die wir für dringend notwendig halten, wird in der Kommission zu reden sein, an die ich den Gelehrten entwurf zu verweisen beantrage. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Siehr (Rp.) bedauert, dass die Feststellung der Schäden an Leib und Leben vorläufig noch ausgeschlossen bleiben soll. Die Regelung dieser Frage sei mindestens so dringlich wie die Feststellung der Schäden an beweglichem und unbeweglichem Gut. Wer das sichtbare Elend der ostpreußischen Flüchtlinge erlebt hat, wird volles Verständnis für die Dringlichkeit der Entschädigung dieser Unglücksfälle haben. (Bravo.)

Abg. Dr. Thomas (N.): Wir begrüßen die Vorlage, die freilich die Hauptmasse aller Kriegsschäden noch gar nicht berührt. Es wird hier nur eine einzige, allerdings die am meisten ins Auge springende Kategorie von Schäden, die in den Grenzgebieten geregelt. Die Einheitlichkeit des Feststellungsverfahrens im ganzen Reich, wie sie die Vorlage bringt, ist allerdings eine dringende Notwendigkeit.

Abg. Kreth (R.) verlangt, dass bei der Festsetzung der Grundsätze der Entschädigung seitens des Reiches auch der Umfang festgestellt werde, in welchem das Reich den Erfolg für die Schäden übernehmen will.

Abg. Kampf (Deutsche Fraktion) drückt seine Freude über die einmütige Zustimmung des Hauses zu der Vorlage aus.

3 Uhr. Hernach Reichsvereinsgesetz.

Schluss 6½ Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Reichstag

hat am Dienstag seine Plenarsitzungen wieder aufgenommen. An erster Stelle der Tagesordnung standen die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aussöhnung des gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleiteten Verfahrens für die Dauer der Sitzungsperiode und auf Entlastung dieses Abgeordneten aus der Haft. In Erwartung der Verhandlung dieser Anträge hatten sehr viele Leute verfügt, Tribünenkarten zu erlangen und die Tribünen waren denn auch sehr stark besetzt. Die Neugierigen kamen aber nicht auf ihre Kosten, denn gemäß einem Beschluss des Seniorenbundes schlug der Präsident vor, die Anträge dem Geschäftsordnungsausschuss zu überweisen, welchem Antrage das Haus ohne Bedenken zustimmt. Da dem Ausschuss schonige Berichterstattung aufgetragen ist, dürfte die Angelegenheit bereits in den nächsten Tagen das Plenum beschäftigen.

Darauf begann die erste Lesung des Gelehrtenwurfs über das Verfahren bei Feststellung von Kriegsschäden. Es sprachen dazu die Redner aller Fraktionen bis auf die Polen und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft — für die sozialdemokratische Fraktion Genossen Emmerl — und aus allen Reden ging eine ziemliche Einmütigkeit darüber hervor, dass die Vorlage schon längst hätte eingebracht werden sollen, dass sie rasch verabschiedet und inhaltlich stark verbessert werden muss.

Die Weiterberatung verlagerte der Reichstag auf Mittwochnachmittag, außerdem stehende Rechnungssachen und die Novelle zum Vereinsgesetz auf der Tagesordnung.

#### Mehr Arbeiterschutz in der Schwerindustrie.

Mit Beginn des Krieges sind die Arbeiterschutzbestimmungen in der Schwerindustrie zum erheblichen Teil aufgehoben worden. Das hat zu ganz unzulässigen Zuständen geführt, denn es werden jetzt Frauen und Jugendliche zu Arbeiten verwendet, zu denen sie früher nicht verwendet werden durften. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat schon mehrmals eine Befestigung dieses Zustandes gefordert, ohne bis jetzt damit Erfolg gehabt zu haben. Zu der Beratung des Etats des Innern haben die Sozialdemokraten deshalb folgenden Antrag gestellt:

1. Die aufgehobenen Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schwerindustrie wieder in Kraft treten zu lassen;

2. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwerindustrie mit Arbeiten, die die Kräfte dieser Arbeiter übersteigen und sich besonders für weibliche Arbeiter nicht eignen, zu untersagen;

3. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwerindustrie überhaupt nur dann zugelassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind;

4. dass zur Beilegung von Differenzen und Vorausstreitigkeiten für die einzelnen Industriebetriebe Kriegsausstände oder Scheidekommissionen errichtet werden, wie solche bereits für Berlin und das Königreich Sachsen bestehen.

#### Gegen den Sparzwang.

Die Verfügung einiger kommandierender Generale, nach an Jugendliche nur noch ein Teil des von ihnen verdienten Lohnes ausbezahlt werden darf, während der Rest einer Sparfalle überwiesen werden muss, hat sich also ja wenig angebracht erwiesen, dass die Befestigung dieser restlos überhaupt nicht zu begründenden Maßnahme unbedingt nötig erscheint. Die sozialdemokratische Fraktion hat daher in der Budgetkommission folgende Resolution eingebracht:

den Herrn Reichskanzler zu eruchen, dahin zu wirken,

dass die von einigenstellenden Generalenkommandos erlassenen Verordnungen, betreffend den Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden.

## Oesterreich-Ungarn.

Eine „Enthüllung“. In Oesterreich ist es mit dem Bürgerrecht nicht allzuweit her, zumindest den Parteien der gemeinsame Boden eines Parlaments fehlt. So kommt es, dass die deutschnationalen Presse, die sogenannte Schriftstellerpressen, eigentlich ihren Kampf gegen die Sozialdemokratie, wie sie jetzt eine „Enthüllung“ veröffentlicht, wonach vor einigen Jahren eine Anzahl junger österreichischer und deutscher Sozialdemokraten in England gewesen wären, um nachher in Oesterreich und Deutschland... im Sinne Englands zu arbeiten. Irgendwie wird damit der Name Karl Liebknecht in Verbindung gebracht. Dabei handelt es sich um die Studienreise einer Anzahl österreichischer und deutscher Studenten, die 1913 am englischen Gewerkschaftswerk teilnahmen und dann eine Anzahl geschäftsfreier Betriebe und Siedlungen besichtigten. Karl Liebknecht hatte damit nicht das geringste zu tun. Der Enthüller ist ein Herr Schilling, der sich vor einigen Jahren in der Wiener Partei als Student bewegte, die gewünschte Parteianstellung nicht erhielt und jetzt deutschnationaler Schriftsteller in Böhmen ist.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 19. Mai.

Der Bürgerausschuss genehmigte in seiner heutigen Sitzung einen Senatsantrag auf Verkauf eines 382 Quadratmeter großen Grundstückes an der Nienburgstraße an den Kaufmann Ernst Baue für 25 Mark pro Quadratmeter; Bewilligung von 2500 Mark für Belebung des Weges vor dem Hochzeitswerk und der Uebelandszentrale in Herrenwief; Kreislauffahrt an der Straße Nienburgstraße mit der Nordischen Kunstanstalt. — Der Bürgerausschuss zur Mitgenehmigung empfohlen wurden zwei Senatsanträge auf Arealtausch in Schlutup mit dem Räuchermeister Heinrich Niemann und dem Händler Hildebrandt in Schlutup, sowie nachträgliche Genehmigung von Mitteln für die Ausstattung der Heilanstalt Strelitz (6466,95 M.). Einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend.

Für außerordentliche Ausgaben aus Anlage des Krieges beantragt der Senat die Bereitstellung von weiteren 1000000 Mark; bisher sind 2000000 Mark für diese Zwecke bewilligt. Die Deckung dieser 3000000 Mark soll durch eine später mit verdeckter Tilgung aufzunehmende Kriegsanleihe erfolgen. Der Senatsantrag wurde vom Bürgerausschuss der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen.

3 Millionen Mark für die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften werden vom Senat in einem Antrag gefordert. Für diese Zwecke sind bereits 3250000 Mark bewilligt worden. Der Bürgerausschuss empfahl diese Vorlage der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung.

31. Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine. Im Hamburger Gewerkschaftshaus traten am Sonntag, dem 7. Mai, 259 Delegierte aus 55 Konsumvereinen und Produktionsgenossenschaften zum 31. ordentlichen Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine zusammen. Außerdem hatten der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Großmarktforschung und die Verbände der Bäcker und Lagerhalter Vertreter entsandt. Im Laufe der Eingangsverhandlungen kritisierte Lorenz, der Vorsitzende der Großmarktforschung, dass die Genossenschaften bei den vorbereiteten Maßregeln in der Lebensmittelversorgung nicht herangezogen werden. Bei der Gründung der Zentralgenossenschaft hätte man sich an zukünftiger Stelle erkennen sollen, dass eine auf reiche Erziehung gestützte Großmarktforschung bereits bestand. Mit der geplanten Wettbewerbsweise würde ein bedenkliches Prinzip in die Steuergelehrte nicht nur des Reiches, sondern dann sicher auch bald der Bundesstaaten aufgenommen werden, eine Entwicklung, der die Genossenschaften nicht gleichgültig gegenüberstehen könnten.

Der Geschäftsbericht, den Verbandssekretär Vieth erstattete, lädt eine günstige Entwicklung des Verbandes erkennen. Der Gesamtumsatz von 161 Konsumvereinen und fünf Produktionsgenossenschaften, die berichtet haben, steige gegen das Vorjahr von 92 608 467 M. auf 105 387 172 M. im Jahre 1915. Die Zahl der Mitglieder stieg von 300 555 auf 334 643. Diese Zahlen sind alle übrigens angepasst. Die Zahl der Vereine hat sich um ein geringes vermindert, da die Konzentration ihren Fortgang nimmt. Die Rückvergütung hat hier und da ermächtigt werden müssen, da die Vereine ihre Hauptaufgabe gegenwärtig darin sehen müssen, die Mitglieder überhaupt mit Lebensmitteln zu versorgen. Bedauerlich ist der Rückgang der Anzahl des Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes, das von einigen Vereinen ganz abgestellt worden ist. Wo männliche Mitglieder fehlen, müssen Frauen als Träger der Zeitung einspringen. — In den Preisprüfungsstellen wirken die Konsumvereinsvertreter nach Kräften mit; sind aber leider nicht allenthalben in den Prüfungsstellen. Manchmal gar merkwürdige „Konsumentenvertreter“ in den Prüfungsstellen. Eine besondere Einrichtung ist im Sekretariat geschaffen, die Preisprüfer laufend mit Material zu versehen. Für die in den letzten Monaten aufgetretenen Mängel sind nicht nur der Warenmangel, sondern auch die Fehler in der Verteilung als Ursache zu nennen. Einzelne Bezirke verfügen über sehr häufig reichliche und billige Lebensmittel, die wiederum in anderen Jahr völlig fehlen. So kommt ihm beispielweise bezüglich Westfalen das Wort eines Münchener in Erinnerung: „Wie kann man denn Verschwendung, aber mi lebt in en gode Verfaßung.“ Es wird endlich Zeit, Abhilfe zu schaffen. Die Mitglieder machen aus Kenntnis der wirklichen Sachlage leider vielerorts den Vorstand für die Mängel verantwortlich. Vor Anträgen auf Schließung der Mitgliederliste und ähnlichen Maßnahmen, kann nur dringend gewarnt werden.

Genosse A. von Elm machte einige Mitteilungen über die Volksfürsorge, aus denen hervorgeht, dass der Stand des Unternehmens wider Erwartung günstig ist. Trotz der Dauer des Krieges ist die Zahl der Versicherungen und die Versicherungssumme nur um ein Bringes zurückgegangen. Am 11. Mai werde das Oberverwaltungsgericht das Urteil fällen in dem Prozess, der wegen der Unterstüzung der Volksfürsorge durch die Hamburger Produktion angestrengt worden ist. Hoffentlich führt das Urteil einen dem Sinne des Genossenschaftsgesetzes entsprechenden Zustand herbei. Die rege Propaganda der Genossenschaften für die Volksfürsorge diene der Allgemeinheit, wie aber auch den Genossenschaften selbst, die von der Volksfürsorge an Hypotheken bereits 2 025 725 M. erhalten hätten.

In der Debatte wird dringend geraten, mit dem manchmal noch bestehenden Borgiaisten zu brechen; zum Wohle der Mitglieder und, wie die Erfahrungen beweisen, auch des Vereins. — Schlossen wurde, für alle Vereine die Revolutionspflicht auszuweiten. Die Vereine Neuen, Wendhagen, Wittenberg, Springe, Peine und Osterholz-Scharmbeck werden für die Belebung des Genossenschaftstages ausgelost. — Abrechnung und Vorratshaltung der Verbandsfasse wurden genehmigt. — Es wurde auf Antrag von Henne-Lübeck beschlossen, an die Reichsbehörden usw. eine zur Verteilung der Lebensmittel zielende Einladung zu richten, deren Ausarbeitung dem Vorstand übertragen wird. — Der Vorstand wurde Everding-Hamburg, in den Aufsichtsrat Ahrensburg und Borchner-Bielefeld, in den Generalrat Bremen-Hamburg, Geiger-Schwerin, Saal-Hannover und Neuleine wieder gewählt. In den Aufsichtsrat der Großmarktforschung sollen der Generalversammlung Wendel und Bischamann nachgezogen werden. — Schließlich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Konsumgenossenschaften sich für die Kriegsheimkehrer verantworten müssen, ganz gleich, ob sie Gemeinde, es ziehen oder nicht.

Zur der Bekanntmachung betreffend Beschaffungsmittelkampf-Lenzer-Spinne und Garnet (Spinn- und Web-Verbote) ist ein Nachtrag erlassen, dessen Bestimmungen mit dem 10. Mai in Kraft treten. Durch diesen Nachtrag werden insbesondere die §§ 3, 6 und 10 des Spinn- und Web-Verbots geändert und einige Bestimmungen der ursprünglichen Bekanntmachung hinzugefügt. Die wichtigsten Änderungen beziehen sich auf die Kennzeichnung der Ausland-Spinnstoffe und Ausland-Garnen und auf die Erweiterung des § 10. Durch sie werden von der Vorchrift, dass auch vor dem 1. April 1916 abgeschlossene Verträge nach diesem Zeitpunkt nur unter Einhaltung der Höchstpreisbestimmungen erfüllt werden dürfen, bestimmte Ausnahmen erlaubt. Der Wortlaut der Nachtragsverordnung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Verordnung betr. den Verkehr im Lübecker Hafen. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit bestimme ich für den Verkehr im Lübecker Hafen: 1. Das Betreten der zum Lager, Löschern und Laden von Gütern dienenden Geleide (Schuppen, Lagerhaus und Lagerhangleile eingeschlossen) und der im Hafen liegenden Schiffe ist nur den Inhabern von Erlaubnisbriefen des Garnisonkommandos gestattet. Auf den Verkehr über Brücken und Fähren für die Verteilung betrifft keine Anwendung. 2. Das Garnisonkommando ist befugt, einzelne Personen und bestimmte Personengruppen das Betreten der Geleide ohne Erlaubnisbrief zu gestatten. 3. Die Schiffstrajedien und den Überwachungsmann des Garnisonkommandos unterworfen. 4. Es ist verboten, schriftliche Mitteilungen zur Beförderung mitzugeben. 5. Zu widerhandlungen gegen die Verteilung werden nach § 9 b des preußischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 11. Juni 1853 in Verbindung mit § 1 des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestraft. o. Roehl. Dazu erlässt das hierige Garnisonkommando diese Zusätze: 1. Die Anträge auf Erteilung von Erlaubnisbriefen sind beim Hafenamt anzubringen. Eine aus neuerer Zeit stammende Photographie desjenigen, auf dessen Namen die Karte lautet soll, ist dabei vorzulegen. 2. Die bisher erlaubten Erlaubnisbriefe laufen mit dem 31. des Monats ab. Für Anträge auf Neuerteilung gilt Ziffer 1.

Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises, die Tagessiedlungs- und Reiseboten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend. Spargel. Man schreibt uns: Dank uneigennütziger Entgegenkommen bei Anfahrt und Verkauf, ist es dem Haushaltstreit (6466,95 M.) einer Kommission überwiesen wurde ein Senatsantrag auf Aufhebung des Geleises,

Hamburg. Durch eine Siede getötet. Der Sozialdemokrat Friedrich Görtner befand sich auf dem Oberländer Bahnhof 67, wo Steine geworfen wurden. Er wurde von einer Steine im Gewicht von 400 Pfund derartig getroffen, daß er sofort tot war.

Flensburg. Ein recht unangenehmes Versehen. Das Landgericht Flensburg hat am 30. November den Hoffmeister Hans Lund wegen Vergehens gegen das Belagerungsgesetz zum Jahre Gefängnis verurteilt. Ein hinterher hat das Gericht genehmigt, daß es den Angeklagten freisprechen müssen und dessen Verurteilung nur aus Versehen erfolgt ist. Deshalb hatte die Staatsanwaltschaft zugunsten des Angeklagten Revision eingereicht, woraufhin das Reichsgericht am Montag, dem 6. Mai, das Urteil aufholte und den Angeklagten freisprach.

## Bewundete Feinde auf neutralem Boden.

Im Berner "Bund" vom 2. M. findet sich eine interessante Schilderung der Ankunft der beiden ersten Züge mit kriegsgespannenen Kriegästen, die in der Nacht zum 1. und 2. Mai aus den Konzentrationsorten Lyon und Konstanz in Bern eintrafen. Nach einer Schilderung der Insassen des zuerst eingetroffenen Franzosenzuges heißt es in dem Bericht weiter:

"Um 30. Punkt, zollt neben dem dritten Perron den deutschen Zug in die Halle, dem zur Abfahrt bereitstehenden Franzosenzug unmittelbar gegenüber. Endloses Winken und Grüßen zwischen den 'Feinden'. Wir sind über diese Begegnung weit mehr erstaunt als die Gäste selbst, die sich in den letzten beiden Jahren in manches gewöhnen lernten. Eines aber bereitet ihnen trotzdem ständige Überraschung: der herzliche Empfang. Die durchwegfeldgrau gekleideten Deutschen machen einen vorzüglichen Eindruck. Blonde Leute, still aber ruhige Gesichter. Schnell verschent man, was man zu verschenken hat, und gleich ist auch schon irgendwo ein Gespräch angeläutet. Ich komme vom ersten Wagen fort nicht los. Die Soldaten des Abteils, fast ausschließlich Studenten, tragen in gutem Französisch, wie die Station dann eigentlich heißt, und sind ebenso erstaunt wie erfreut, als die Antwort auf deutscher 'Bun' lautet. 'Wir sind schon seit letzten Dienstag auf der Reise, wo wir in Nordfrankreich abfuhrten. Da kann man reagieren. Es war ein langes Bangen, seit wir vor anderthalb Monaten von der länderübergreifenden Verkehrsmission befreit wurden. Aber nun ist ja alles gut.' Ich frage nach dem Empfang in Genf. 'Ah, das war sicher schönster Tag seit beinahe zwei Jahren. Die Leute waren so herlich. Sie haben uns mit Freundschaft und Güteaten überhäuft.' Das Urteil ist überall dasselbe. Eifrig erkundigen sich alle nach dem Bestimmungsort; hier ist es Weesen. 'Liebliche Lage. Ruhe, Sonne, gute Leute!' lautet die Auskunft. Man bestreitet: 'Das ist wirklich alles, was wir wünschen können. Leben, ruhen! Schicken Sie mir doch bitte Zeitungen; bis heute morgen wußten wir nichts mehr von der Welt außer.' Eifrig wird nach der Kriegslage gefragt.

Inzwischen hat sich zwischen den "Feinden" ein heiteres, in französischer Sprache geführtes Wortgefecht angekettet. Die deutschen Studenten beginnen: "Seid ihr gut gereist?" Danke, natürlich! "Wann seid ihr abgefahren, wie lange habt ihr in Konstanz gewartet?" "Seid ihr nun zufrieden?" "Oh, sehr, sehr." "Habt ihr auch von der Behandlung in Deutschland bestreidigt?" "Keines, danke; maar je vain leber das Brod." "Eures ist nicht viel besser, aber jetzt bekommen wir ja Schweizerbrot!" "Oui, c'est bien (ja, das ist gut)." "Bobin kommt ihr?" "Und ihr?" Das geht so Frieden herüber und hinüber. Ah und zu null ein Schweiz, und die Wagen füllt brausendes Gelächter. Um Gerdan streiten sie sich wenig. Die Franzosen behaupten, die deutschen Linien wären im Rückzuge. Die Deutschen antworten: "Im Gegenteil!" "Wann werden wir Frieden haben?" rufen die Deutschen. "Heute schon, wenn ihr wollt!" lautet die Antwort.

Die 10 Minuten Auseinandersetzung der Deutschen wird abgelassen. Sie breiten wieder viele Hände, während sich der Zug mit seinen 350 Fahrgästen in Bewegung setzt. Im Vorbergsteigen beriefen wir einen Wagen mit geschlafenen Frenchen, hinter denen Franziere in die Letzte überzeugter Zeitungsschreiber vertieft sind. Darauf verzweigt der Zug. In Zürich und Olten soll er nach den verschiedenen Bestimmungsorten getrennt werden. Besiege Blasius später schließt sich der Franzosenzug in entsprechender Rücksicht London zur Hölle hinzu.

"Wir haben genug gelesen." Das Buch wird hierzu noch geäußert: "Über die Begegnung von farbentzerrten deutschen und französischen Gefangenem auf dem hingerichteten Fabrik bei der Berner Befreiung des Temps" nach Paris geworden. Während des Aufenthalts berichteten die Deutschen eine Verbesserung mit den Franzosen, aber ihre zahlreichen Baracken Samson, Samson! blieben ohne jeglichen Rücksicht. Dazu schreibt der "Temp": Der Berner Befreiung des Temps war offenbar nicht so oft und so oft, als die Deutschen und die Franzosen auf dem Berner Fabrik bedeckt mit einem anderen Farben und sich in leicht farbentzerrten Gesichtern unterhielten, wie in unserer Bericht zu lesen war. Oder sollte man wieder mehrfach diesen Erfahrungen in Paris, im Herzen der Weltstadt, nicht wissen? Denn wäre es möglich, als die Deutschen auf dem Berg zu feiern.

Zum 5. April der Bekanntmachung betreffend Bekämpfung der deutschen Schädlings vom 17. 2. 15 ist die Firma H. Katz Sohn, Lübeck, zu treten. Den übrigen dort genannten Wollwäschereien ist vom 1. April 1916 ab eine Erhöhung des Weißloches um 7½ Pf. zugesagt worden.

Nächstes Samstag bei den Polizeibehörden erfragt werden.

Altona, den 4. Mai 1916.

Stellvert. Generalquartiermeister IX. Armeekorps.  
v. Rockl,  
General der Artillerie.

Ein Richter Nr. 90 II 5700/1 16 K. R. A. zu der Bekanntmachung betreffend Bekämpfung bewohnter Spanische und Garne vom 1. 4. 16 tritt heute in Kraft und wird in den amtlichen Zeitungen und bei den Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 10. Mai 1916.

Stellvert. Generalquartiermeister IX. Armeekorps.  
v. Rockl,  
General der Artillerie.

Lübeckische  
Beleihungskasse  
für Hypotheken.

Glasfenster  
oder auf  
Glasfenster  
oder auf  
Glasfenster

## Aus der Partei.

Eine wohlangebrachte Warnung. Die "Münchener Post" schreibt: An die im Felde Stehenden und an Private werden mitunter anonyme Broschüren versendet, wie: Sozialistische Flugschriften, Imperialistischer Sozialismus oder Proletarischer Klassenkampf? Lose Blätter usw. In den nach verschiedenen Richtungen nicht unbedenklichen Kapiteln dieser Broschüren wird zum Teil mit direkt unmahren Behauptungen operiert. So zum Beispiel im Kampfe gegen die Mehrheit der Reichstagsaktion. Als eine grobe Ungehörigkeit muß es nun bezeichnet werden, daß auf den Sendungen ins Feld als Absender Adressen von Personen angegeben werden (sogar von Kriegerfrauen), die von dem Inhalt der Broschüren sowie von der Sendung keine Ahnung haben. Die Verbreiter suchen also ihr Treiben mit dem Namen anderer zu decken und bringen damit unter Umständen gänzlich Unbeteiligte in eine schwere Lage. Das ist eine verwerfliche und gemeine Handlungswweise.

Kriegsgrundstücke französischer Syndikalisten. Der Kongress der syndikalischen Arbeiter der Seine-Gegend hat am 1. Mai der "Croix" vom 3. 5. folgende folgende Resolution aufgestellt: Wir halten unschütterlich an der proletarischen Internationalen fest. Trotz des Krieges lassen wir unsere Hoffnungen auf die Brüderlichkeit der Menschen und die soziale Einigung nicht fallen. (Zentralräte) Damit dieser Krieg der letzte ist, muß er zu folgendem führen: 1. Zur Unterdrückung der Unabhängigkeit der Völker; 2. zur Unterdrückung aller Geheimdiplomatie; 3. zur Begrenzung der Rüstungen als Vorbereitung für die allgemeine Abwendung; 4. zur Annahme eines obligatorischen Schiedsgerichts bei Streitigkeiten zwischen den Nationen. Das internationale Sekretariat muß seinen Sitz in einem neutralen Lande haben. (N. d. A.)

## Gewerkschaftsbewegung.

Ein Vertretertag deutscher Staatsarbeiterverbände tagte kürzlich in Berlin. Alle Organisationen im Post- und Eisenbahnbereich waren beteiligt, auch Zentrumsabgeordnete und Fortschritter. Der Wunsch nach Gleichstellung in Realisationsstreitigungen wurde bei allen Rednern laut und wurde in einer Resolution festgelegt. Sie erwarten, daß das Vereinsgesetz auch in vollem Umfang auf die Vereine der staatlichen Beamten und Arbeiter Anwendung findet, soweit nicht andere reichsrechtliche Beschränkungen dem entgegenstehen. Eine weitere Resolution beschäftigt sich mit der Teuerung und erklärt die bisherigen Beihilfen nicht im entferntesten für ausreichend, um das Mindestmaß an Ernährung sicherzustellen, deßen sie selbst bei den augenscheinlich kräfteanrüstenden, dessen auch ihre Familienangehörigen befinden. Die Vertreter der Verbände erachten daher einmütig eine Erhöhung der Teuerungsbeihilfe für ein dringendes Bedürfnis. Auch der Ausbau der Sozialversicherung wurde empfohlen.

Eisenbahner-Ausstand in Spanien. Nach einer Meldung aus Valladolid wurde in einer Versammlung der Bahnangestellten der Nordbahnen ein Friedlicher Generalstreik beschlossen. Die Eisenbahner ganz Spaniens billigen den Streik. Die Regierung traf Vorkehrungen, Unruhen zu verhindern und den Verkehr aufrecht zu erhalten.

## Aus dem Gerichtsaal.

Eine schlechte Nahrungsmittelabschaltung kam in einer Verhandlung gegen den Möbelhändler Christian Camps vor der Strafkammer in Düsseldorf zur Erörterung. Die Firma Saath & Kars in Nürnberg hatte Ende 1914 für die Heeresverwaltung die Lieferung eines großen Pakets Kakaopulver übernommen und davon 15 000 Kilo bei dem Kaufmann Camps in Auerbach beschafft. Die Lieferung kam in Hößen per Schiff aus dem Rhein bis nach Düsseldorf und wurde dort angehalten. Die inzwischen auf Veranlassung der Heeresverwaltung vorgenommene strenge Untersuchung der Kakaozubehör hatte nämlich ergeben, daß es nur um höchst minderwertiges Zeug handelte. Das Kakaopulver befand sich in der Haupträume aus gemahlenen Kakaovalen, vermischt mit Sand. Die Annahme wurde verworfen und in Düsseldorf freihandig verkauft. Den Käufer gegenüber wurde jede Garantie über die Qualität der Ware abgelehnt. Camps faßte davon fünfzig Kilo zum Preis von 680 Pf. Rum der Auktion erhielt die Nahrungsmittelpolizei, um Proben zu entnehmen. Sie kam jedoch zeitlich spät, denn der größte Teil der 15 000 Kilo war schon von den Kaufern abgekauft worden. Die Untersuchung der Käfer ergab, daß sie nicht mit Kakaovalen, Sand und — Stärke mischung gefüllt waren. Bei Camps wurden noch 25 Kilo gefunden und beschlagnahmt. Es erhielt eine Anklage wegen Heilhaftens mangels gesetzlicher Beweise freigesprochen. Die Strafkammer verurteilte C. zu 50 Pf. Geldstrafe und bestätigte die Entziehung der 25 Kilo Kakaovalen. Weil die übrigen Mengen der 15 000 Kilo Kakaopulver gekommen sind, ließ sich nicht mehr freisetzen; sie

wurden ihren Weg über den Zwischenhandel zu den betroffenen Konsumenten gefunden haben. Mit solch lächerlich geringen Strafen vertreibt man keine Lebensmittelwucherer.

## Neueste Nachrichten.

### Die Kriegslage.

West. Großes Hauptquartier, 10. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Argonnen versucht der Feind im Anschluß an eine Sprengung in unsere Gräben einzudringen. Es wurde zurückgeschlagen.

Südwestlich der Höhe 304 wurden feindliche Vortruppen weiter zurückgedrängt und Feldwachen ausgehoben. Unsere neue Stellung auf der Höhe wurde weiter ausgebaut.

Unsere Flieger belegten die Fabrikanten von Domäne und Nan-Etappe ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Garbuno (westlich von Dürenburg) wurde ein russischer Vorstoß auf schmalen Frontbreite unter schweren Verlusten für den Feind abgewiesen.

Ballon-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Berlin, 10. Mai. Das "Berl. Tagebl." meldet: Im Reichstag fanden Montag abend zwischen den Parteiführern vertrauliche Besprechungen über die Gestaltung der Steuer vorlagen statt. Man sucht eine Grundlage, auf der sich die Führer der einzelnen Parteien sowohl gegenüber den in Frage kommenden direkten wie indirekten Steuern überwinden und ihre Wünsche sich vereinen lassen. Neben den Inhalten der vertraulichen Besprechungen läßt sich naturgemäß nichts mitteilen. Sie sind auch noch nicht abgeschlossen. Indessen scheint es nicht unmöglich, daß noch vor der demnächst beginnenden 2. Sitzung im August ein Kompromiß zustande kommt. Das Gerücht, daß ein solcher Kompromiß in der Frage der Tabaksteuer bereits gefunden sei, trifft nicht zu.

Sofia, 10. Mai. Der griechische Kriegsminister hat nach einer Athener Meldung der "Starodni Pravda" eine Verordnung erlassen, durch die die teilweise Demobilisation der griechischen Armee außer Kraft gesetzt wird. Die bereits beurlaubten Offiziere und Mannschaften sind wieder zu den Fahnen einzuberufen worden.

## Literarisches.

Die "Glocke", Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parus (Verlag für Sozialwissenschaften 6. m. b. H., München). Das eben erschienene sechste Heft des zweiten Jahrganges dieser nun als Wochenschrift herausgegebenen aktuellen Zeitschrift enthält folgende Artikel: Max Cohen: Deutschland und Amerika. Wilhelm Keil: Randbemerkungen zu den Steuerkämpfen. C. Döring: Deutsch-englische Konkurrenz und russischer Markt. Ludwig Querjel: Zehn Jahre britische Geheimdiplomatie (2. Teil). Dr. Arthur Neisser: Die freien Volksbühnen und der Krieg. Franz Diederich: Freiheits-Friedlichkeit. Glossen: Reuter. Parlamentarische Freiheit. Die Woche. Aus unserer Sammelmappe. — Einzelhefte 20 Pf. Vierteljährlich 2,50 Mark bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

## Verlustlisten.

Erschienen sind:

Liste Nr. 10 des Vermissten-Nachrichten.

Preußische Verlustliste Nr. 525.

Marine-Verlustliste Nr. 73.

Bayerische Verlustliste Nr. 265.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Berantwortlich für die Rubrik "Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwitz, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Verkauf von Spargel.

Hoffmannstr. 19, Breite Str. 60a,

Mühlenstr. 20, Hüfstraße 22,

Watendorfstr. 21, Perceval-

straße 22, Wallstraße 23,

Kronsborner Allee 25.

Der Hausfrauenverein f. Lübeck

und Umgegend. (223)

## England und die Sperrung der See

Preis 20 Pf.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

## Gildetag

der Schweineversicherung

zu Niendorf i. Lüb.

am Sonntag, d. 14. Mai 1916

nachmittags 2 Uhr

im Lokale des Herrn Meckel.

Der Vorstand.

Sozialdemokratische Frauen

## Versammlung

am Donnerstag, 11. Mai 1916

im "Gewerkschaftshaus"

Johannisstraße 50-52.

Agendpunkte:

1. Vortrag vom Arbeitertektor Mehrlein.

2. Beitreitung der Aussüge.

3. Verschiedenes.

Wir recht zahlreichen Besuch

bitten 2232) Die Verhandlungen.

## !! Stadtbekannt !!

zahlreiche gebrauchte

## Säcke

die höchsten Tagespreise.

Bestell Zahl für 223

## Hausstandslump.

7 Pfennig.

## Familienbeihilfen, Frauenarbeit und Sparzwang

wurden in der Budgetkommission des Reichstages verhandelt.

Abg. Hoch (Soz.) fordert, daß die Arbeiterschutzbestimmungen nicht eingeschränkt werden. Die Gewerbeaufsichtsräte sollen nach wie vor die Aufsicht ausüben. Die Militärbehörden greifen in Gebiete ein, für die ihnen die erforderliche Sachkunde fehlt. Zu diesen Eingriffen gehört der Sparzwang. So einfach kann man darunter komplizierte Fragen nicht lösen. Es muß festgestellt werden, ob und wie weit das Reichsamt des Innern beteiligt war. Die von der Regierung erlassene Verordnung über die Erhaltung der Unwirtschaft auf der Arbeiterversicherung genügt den Bedürfnissen nicht. — Unterstaatssekretär Richter versichert, daß der größte Wert auf die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen gelegt wird. Die Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, so viel Revisionen als möglich vorzunehmen. Die Schutzbestimmungen für Jugendliche und Frauen sind in der Schwerindustrie nicht generell aufgehoben, sondern nur in Ausnahmefällen ist die zeitweilige Suspendierung zugelassen. Frauen dürfen unter keinen Umständen länger als acht Stunden beschäftigt werden. In dem Spar-Erlaß war das Reichsamt des Innern nicht beteiligt. In gewissen Fällen kann dieser Sparzwang recht heilsam sein. Den Wünschen des Abg. Hoch, betr. die Unwirtschaft auf die Leistungen der Krankenkassen, stimmt das Reichsamt zu. — Abg. Erzberger (Ztr.) tritt dafür ein, in den Munitionsfabriken wenigstens wieder die Sonntagsruhe einzuführen. Die Bestimmungen über die Familienunterstützungen werden viel zu eng ausgelegt. Direktor Lewald bemerkt auf eine Anfrage, daß er den Beifluss der Wohnungskommission, Hypotheken bis zwei Jahre nach dem Kriege unkontrollierbar zu machen, für völlig verehrt hält. — Abg. Giesberts (Ztr.) verlangt die Zusammenstellung der Erfahrungen, die man mit der Verwendung von Frauen in der Kriegsindustrie gemacht hat. Nachteilige Wirkungen auf die Gesundheit der Frauen stehen zweifellos fest. Aus einer Reihe von Betrieben müssen die Frauen sofort nach dem Kriege entfernt werden.

Abg. Bauer (Soz.): Richtig ist, daß die Arbeiterschutzbestimmungen nicht generell durch Verordnung der Reichsregierung außer Kraft gesetzt sind. Wohl aber ist das in zahllosen Einzelfällen durch die Verwaltungsbehörden geschehen. Nachdem die Arbeiterinnen und jugendlichen Personen jetzt 21 Kriegsmonate hindurch mit Anstrengung aller Kräfte gearbeitet haben, ist es höchste Zeit, die Schutzbestimmungen wieder in Kraft treten zu lassen. Vor allen Dingen muß allgemein die Sonntagsruhe wieder durchgeführt werden, wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht immer mehr zurückgehen und die Volksgesundheit nicht auf schwere geschädigt werden soll. Nicht nur in der Schwerindustrie bestehen bedenkliche Zustände, auch in der chemischen Industrie wird Raubbau getrieben mit der menschlichen Arbeitskraft.

Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer muß erhöht werden. Lebensmittel und Bedarfsartikel haben eine ungeheure Preisansteigerung auszuweisen. Die Not ist in vielen Bezirken groß. Besonders schlecht geht es in den Bezirken mit Haushalt. Die Frauen können nicht abwandern, in der Heimat findet sich keine Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit. Hier muß in erster Linie eingegriffen und die Unterstützung erhöht werden. Die beste Hilfe wäre die Lieferung von Lebensmitteln. Unser Antrag verlangt, daß die Lieferungsverbände und Gemeinden nach Lage der Verhältnisse Bedarfssätze festsetzen, die so bemessen sind, daß den Kriegsfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Tenerung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung zuteilt wird. Erst wenn nach diesen Grundsätzen verfahren wird, werden die Kriegsfamilien eingemessen vor der äußersten Not geschützt sein.

Ich bitte die Regierung, auf die Lieferungsverbände dahin einzutreten, daß die Unterstützung nirgends herabgesetzt, sondern erhöht wird.

Im höchsten Maße unsozial ist das Verhalten derjenigen Gemeindebehörden, die rückständigen Steuern von der Unterstützung im Abzug zu bringen. Daß die Reichsregierung ein solches Verhalten nicht billigt, sei bekannt. Das genüge aber nicht. Es müsse angeordnet werden, daß die Unterstützungsbezüge unabhängig seien. Trotz der klaren Auseinandisungen, die von der Regierung ergangen sind, gibt es noch immer Lieferungsverbände, die private Zuwendungen Dritter bei Gewährung der Unterstützung im Abzug bringen. Ein besonders krasser Fall habe sich in Bückeburg ereignet. Der Lieferungsverband hat es fertig gebracht, mehrere Kriegsfamilien von der Unterstützung monatlich 10 Pf. in Abzug zu bringen, weil diese Familien fünf Monate hindurch auch

vom Unternehmer eine Unterstützung erhalten haben. Das Fürstlich Schaumburg-Lippische Ministerium hat das Vorgehen gebilligt. Gegenüber einer solchen Praxis müßte die Reichsregierung eingreifen.

Die Anträge zur Reichsversicherungsordnung habe die Regierung akzeptiert; nur bezüglich des Antrages 286 zu § 214 R. V. O. scheinen noch Bedenken zu bestehen. Das sei unverständlich. Hier müßten Änderungen eintreten, damit auch der Soldat, der innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung im feindlichen Auslande erkrankt, Anspruch auf Krankenunterstützung habe. Zu § 1300 der R. V. O. ist zu bemerken, daß der Antrag 291 (Stadttagen) der Sachlage nicht gerecht wird. Ich bitte deshalb, unseres Antrag 287 zu § 1300 anzunehmen. Es ist notwendig, auch die Rechte derjenigen sicherzustellen, die bisher schon infolge des Mangels einer solchen Vorschrift mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden sind.

Die Anordnungen der Generalkommandos waren in vielen Fällen sehr vernünftig, andere Anordnungen fordern aber zur Kritik heraus, und dazu gehört der Sparzwang, besonders wie ihn die Generalkommandos in Berlin und Hannover erlassen haben. Nicht genug damit, hat man im Bezirk des 10. Armeekorps auch noch die Freizeit aufgehoben. So darf ein junger Arbeiter, der in Hamburg wohnt, nicht in Hamburg Arbeit nehmen, ohne die Erlaubnis vom Generalkommando in Hannover eingeholt zu haben. In Braunschweig ist es diesbezüglich zu einer Regelung gekommen. Dann erst hat der General diese Verfügung aufgehoben. Wie soll ein Jugendlicher mit 16—18 M. pro Woche auskommen? In den meisten Fällen unterstützen die Jugendlichen ihre Eltern und jüngeren Geschwister. Deshalb muß der Sparzwang allgemein beseitigt werden.

Abg. Gotthein hält gegenwärtig die Verwendung von Frauen und Jugendlichen in der schweren Eisenindustrie und die Wiedereinführung der Sonntagsruhe für geboten. Auf die Frauenarbeit in dieser Industrie werde man nach dem Kriege nicht verzichten können. Daß die Unterstützungen der Kriegsfamilien nicht mehr ausreichen, steht fest. — Direktor Lewald erklärt, daß bei der Bemessung der Unterstützung der Kriegsfamilien weitgehend verfahren werden soll. Zuschüsse der Unternehmer dürfen auf die Reichsunterstützung nicht angerechnet werden, aber es liegt sich nichts dagegen machen, daß die Lieferungsverbände diese Zuschüsse berücksichtigen. Pändhart sind diese Bezüge nicht. Wenn die Lieferungsverbände statt Geld Nahrungsmitteleiern, so ist dagegen nichts einzwenden. — Abg. Stadttagen (Soz. Arb.) betreibt, daß das Belagerungsgefecht den Generälen das Recht gibt, den Sparzwang anzuordnen. Kommt es diesbezüglich zu unlösbarer Vorwissens, dann trifft die Schuld nur die Generale, die ungeschickte Bestimmungen erlassen haben. Der Sparzwang verstößt gegen das bürgerliche Gejegbuch, das ausdrücklich bestimmt, daß der Lohn bar zu zahlen ist. Diese rechtswidrige Anordnung muß sofort beseitigt werden. Redner legt dann dar, daß Zuschüsse von Unternehmern an Kriegsfamilien auf keinen Fall angerechnet werden dürfen, auch nicht von den Gemeinden. In Breslau hat man sogar verfügt, eine Kriegsfrau zu bestrafen, weil sie ihr Kind deshalb nicht in die Schule schicken konnte, weil es keine Schuhe hatte. Hier wäre es die Pflicht der Gemeinde gewesen, für Schuhe zu sorgen. Stadttagen begründet dann einen von ihm gestellten Antrag, dem § 1300 der R. V. O. folgenden Zusatz zu geben: „Diese Vorschrift findet auf den Anspruch der Witwen von Kriegsteilnehmern keine Anwendung. Für den Anspruch von Kriegswitwen auf das Witwengeld beginnt die Verjährungsfrist mit der Auflösung des Kriegsstandes.“

Abg. Giebel (Soz.) tritt lebhaft für eine weitere Erhöhung der Unterstützung der Kriegsfamilien ein. Das Reichsamt des Innern sollte auch auf die Unternehmer einwirken, daß sie die einmal zugesagten Zuschüsse an die Familien ihrer Arbeiter nicht zurückziehen. Die Jugendlichen müssen unter allen Umständen vor Überanstrengung in der Industrie geschützt werden. Die Beschäftigung der Frauen in der schweren Industrie hat schon jetzt zu Schädigungen der bedenkllichsten Art geführt. Redner geht dann noch einmal auf den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion ein, dem § 1300 der R. V. O. folgenden Zusatz zu geben: „Während der Dauer des Krieges und des ersten Jahres nach Friedensschluß beginnt die Frist, falls infolge des Krieges der Tod des Ehemannes nicht festgestellt werden konnte, mit dem Tage, an welchem der Witwe der Tod des Ehemannes auf dem Dienstweg bekanntgegeben ist.“ Weiter vertrat Giebel den Antrag, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Möglichkeit zu geben, auch Mittel aufzuwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Verunsicherung unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen.

## Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alegis (W. Häring).

63. Fortsetzung.

„Woher weiß man das? Wer weiß es? — Ungefährnkte Wahrheit.“

Es war längst auffällig bemerkt worden, daß die durchlauchtige Frau früher als gewöhnlich ihr Gefinde des Abends entließ, angebend, daß sie durch die letzten Ereignisse mehr als gewöhnlich erschöpft sei und der Ruhe bedürfe.“

„Und so ist es. Der Besuch ihres Bruders, meines unglücklichen Schwagers von Dänemark, hat ihr viel Herzseiten gebracht. Sie ist eine unglückliche Frau, der meine Leute allen Respekt schuldig sind, die man nicht mit ungegründetem und gehässigem Verdacht behelligen soll. Das ist mein Wille. Weiter!“

„Der Schlosshauptmann von Jossen berichtet, daß sich eklige Juden aus der Kurzus.“

„Wer berichtete?“

„Der Schlosshauptmann von Jossen.“

„Nein, wegen der Kurfürstin — der treue und stille Diener.“

„Es ist unser Prior der schwarzen Brüder, dem das Umschreiten der Feuerzeile keine Nacht Ruhe gönnst, der, voll Angst wegen des Uebels, sein Auge und Ohr überall hat.“

„Heraus mit der Sprache! das lange Hinterzieren ist ein schlechtes Mittel, unsere Geduld zu spannen und unsern Zorn zu reizen. Ich will alles wissen. Wie kam denn der Prior dahinter?“

„In der kurfürstlichen Kellerei war es auffällig bemerkt worden, daß im Hofhalt der durchlauchtige Frau weit mehr Öl verbraucht wurde, als sonst; auch deutete manches im Zustande der Zimmer den Lauf an, daß die Herrschaften länger als gewöhnlich in die Nacht hinein ausbleiben müßten. Dies veranlaßte einen — Bekannten des Priors, da man sich nicht unterstand, anzufragen, und, wie ich schon bemerkte, auch das ancheinend frühe Zubettgehen auffällig war, sich in der Stille umzusehen. Ich wage zu bemerken, daß auch in letzter Zeit die durchlauchtige Frau sich später als gewöhnlich aus ihrer Ruhe erhoben, so daß sie hinschauten, wie meinem Fürsten bekannt, die Messe verfehlte. Da bemerkte man, daß oft noch am Mitternacht ein heller Streifen durch die Rägen der Züden auf die Hofmauer dröhnen fiel; auch aus den Türpaläten drang ein Schein aus die Korridore.“

„Und Ihr leidet Eure Spürhunde an die Türen und liebet sie hören, lauschen an dem Gemach meiner Gemahlin! Bei den eisigen Flammen, wer hat's Euch erlaubt! Ich will es Ihnen

Unterstaatssekretär Caspar teilt mit, daß die Reichsanstalt für Angestellte bereits große Summen für allgemeine Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Die Berechnung der Kriegszeit als Beitragsmonate bedeutet eine große Belastung. Aber es sei nicht ratsam, eine Art Stellenlosigkeits-Fürsorge zu schaffen. — Unterstaatssekretär Richter verfügt, daß man sich im Reichsamt des Innern dauernd mit den schwierigen sozialen Fragen beschäftigt. Die Beleidigung der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen ist jetzt nicht möglich. Dagegen will man für die Einhaltung der Sonntagsruhe eintreten. — Abg. Schmidt-Meien (Soz.): Die sozialdemokratischen Anträge wollen nicht einfach die Beleidigung der Frauenarbeit, sondern ihre Einschränkung auf ein gebotenes Maß. Die Fürsorge für die Kriegerfamilien ist vielfach ganz unzureichend. Das liegt daran, daß viele Gemeinden keine Mittel haben. Vielfach will man durch niedrige Unterstützung Frauen, die früher nicht auf Arbeit gehen mußten, zur Arbeit zwingen. Den bestehenden Mängeln will der sozialdemokratische Antrag abheben. Die Höhe der Unterstützung muß sich nach dem Ertragsminimum richten. Man über sieht immer ganz, daß die Lebensmittel im Preise enorm gestiegen sind. Die Zuflüsse des Reiches belaufen sich jetzt auf 20 Millionen Mark, aber die Zahl der zu unterstützenden Familien nimmt dauernd zu, so daß auf die einzelne Familie kein höherer Betrag entfällt. In Sachsen kommt es vor, daß österreichische Staatsangehörige ausgewiesen werden, weil sie jetzt öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen. — Giebel fragt noch an, ob die Frage erwogen worden sei, bis Dauer der gewerblichen Schutze der Patentinhaber um die Dauer der Kriegszeit zu verlängern. — Von einem Regierungsvertreter wird geantwortet, diese Frage sei verneint worden; ein großer Teil der Patente habe während der Kriegszeit großen Nutzen abgeworfen, daher sei ein solcher Schutz über die gesetzliche Frist hinaus nicht berechtigt. Es sei auch nicht möglich, Unterschiede zu machen. Überdies läche das sehr wichtige Verwertungsrecht der Industrie es nicht zu, die Patente nach Ablauf der gesetzlichen Schutzzeit noch zu verlängern.

## Aus Nah und Fern.

Über 100 Zentner Schinken und Fleisch gehandelt. Die städtische Polizei in Köln hielt in zahlreichen Geschäften Durchsuchungen nach Fleischvorräten ab. Dabei wurden bei dem Großschlachter Sommer über 10 000 Pfund Schinken, Speck, Rindfleisch, und Wurstwaren vorgefunden, teilweise schon in Fäulnis übergegangen. Es stellte sich heraus, daß Sommer gewaltige Mengen Fleisch nach anderen Städten zu hohen Preisen abgeführt hatte. Die Polizei beschlagnahmte das unverdorbene Fleisch und führte es dem Schlachthof zu, wo es sofort verkauft wurde. Gegen Sommer, dessen Geschäft geschlossen wurde, wurde Anklage erhoben. Es wird immer schlimmer mit den schuftigen Hamstern.

Gegen den Lebensmittelwucher. Das Polizeipräsidium in Berlin teilt mit: Bei sämtlichen Schlachtern und Fleischwarenhändlern des Landespolizeibezirks Berlin wurde zwecks Entfernung von Zurückhaltung eine eingehende Durchsuchung der Ladengänge, Lager- und sonstigen Räume der Geschäftsinhaber angeordnet. Durch diese Maßregel wird jede unzulässige Zurückhaltung der Fleischwaren mit Sicherheit ausgeschlossen. — Die „Tag. Rundschau“ fragt: ob es billig und auch nur erträglich sei, daß die Fleischräuber damit davonkommen, daß ihnen die für den Betrieb ihres Wuchers hinterzogene Ware nun unter dem ordnungsmäßigen Schutz der Polizei zu Höchstpreisen verkauft wird, die ihnen immer noch einen sehr gediegenen Profit an dem Verkauf sichert. Schleunigst sollte die Möglichkeit geschaffen werden, um diese Herrschaften aufs empfindlichste am Geldbeutel und an der Ehre zu rügen. Man habe ihnen jetzt genug verziehen. Dem bis aufs äußerste empöierten öffentlichen Gewissen könne nur noch eines einigermaßen Genüge tun: Rückichtloses Ausbrennen dieses elkelhaften Geschwürs am Leibe der Nation. Auch die „Berl. Neuest. Nachr.“ fordern Zuchthaus- und Ehrenstrafe. Nach der „Deutschen Tageszeit“ haben vorgefundene Fleischverräte, Konserve usw. in letzter Zeit ihren Besitzer häufig und sehs mal gewechselt, ohne den Lagerplatz gewechselt zu haben. Lediglich der Preis dieser Waren habe sich geändert, und zwar ganz erheblich.

„Das soll nicht geschehen.“

„Und wer erfreute sich einer solchen Tat gegen den Willen seines Herrn! Aber wie sollen wir Gewisse sammeln?“

„Das ist Eure Sache! Was quält Ihr mich mit solchen Erfärmlichkeiten!“ Genug, ich muß es wissen. Soll ein Regent, dessen Gedanken auf das Ganze gerichtet sind, mit allem Mut uns Karls des Kleinen Dienstes sich beschäftigen? Ja, will auch davon nichts mehr hören. Weiter! Du hast noch viel vorzutragen.“

„Dies geht ad acta.“

„Warum? Ich muß von allem Rechenschaft haben.“

„Nur die Kopie eines Briefes unseres Kardinals in Rom an unsern Geschäftsführer.“

„Des Kardinals! Und du lachst so verächtlich?“

„Nur eine Notiz; daß die Appellation unseres würdigen Hofpredigers Musculus abgewiesen ist. Der heilige Vater findet sich nicht gemüthig, gegen das Gutachten der Frankfurter Fakultät, unser Doktor die Erlaubnis zu seiner bekannten Predigt gegen den Hofentenkel zu erteilen.“

Auch Joachim lächelte wieder, indem er seine Finger vor den Augen spielen ließ. „Der arme Musulus! Er tut mir eigentlich leid. Wer überall den Teufel sehen muß, suche ihn doch meinetwegen in jeder Pluderhose. Er steht dann wenigstens die Rose nicht in Dinge, die ihn nichts angehen.“

„Man will behaupten, obgleich ich voraussehe, daß ich nichts davon weiß, noch es glaube, aber man meint, daß Musulus in einigen Gläubersäcken schwante.“

„Hast du auch Lust, Hofprediger zu werden?“ unterbrach ihn der Fürst.

„Da mein Kurfürst —“

„Doch zur Legation an den Kaiser bestimmt hat, liegt doch Ehrgeiz über die bescheidene Hofpredigerstelle hinweg.“

„Musulus, er ist mein Freund, aber von Einfluß auf die Kurfürst.“

„Ich bin nicht eifersüchtig.“

„Diese Zurückweisung aus Rom —“

„Wird ihm vielleicht den Teufel unter der Tiara suchen lassen, weil die Tiara ihm verbot, ihn in unsern Hosen zu führen. Wo er in Luthers Weise einfassen; er ist darum nicht Luther.“

„Geschädigung folgt.“

